



Martina Röder
Geschäftsführerin DPV e.V.

Editorial

Herausforderungen und Chancen

Die pflegepolitische Landschaft in Deutschland steht vor großen Herausforderungen, die sowohl die Qualität der Pflege als auch die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte betreffen. Es ist unerlässlich, dass Politik, Gesellschaft und Pflegeorganisationen gemeinsam an Lösungen arbeiten.

Eine Herausforderung bleibt der Fachkräftemangel. Trotz positiver Effekte der generalistischen Pflegeausbildung müssen wir weiterhin intensiv daran arbeiten, den Pflegeberuf attraktiver zu gestalten. Dazu gehören bessere Arbeitsbedingungen, eine angemessene Vergütung und eine größere gesellschaftliche Anerkennung.

Mit den Neuerungen durch das Pflegestudiumstärkungsgesetz und deren Umsetzung in den Ländern wird die professionelle Pflege durch Bachelor-Abschlüsse und Pflegefachkraft Dual mit Ausbildungsentgelt sowie die Einsatzmöglichkeiten mit Heilkundeübertragung inkludiert in akkreditierten Studiengängen erweitert.

Die Digitalisierung bietet große Chancen, die Effizienz und Qualität der Pflege zu verbessern. Doch diese Möglichkeiten müssen durch gezielte Investitionen und Schulungsmaßnahmen in die Praxis umgesetzt werden. Die Politik ist gefordert, den flächendeckenden Ausbau digitaler Infrastruktur zu unterstützen.

Auch die Pflegeassistentenausbildung bedarf dringend einer Reform und wir erwarten mit dem Pflegeassistenseinführungsgesetz – PflAssEinfG eine bundeseinheitliche Regelung. Eine klarere Strukturierung und Aufwertung dieser Ausbildungsgänge sind notwendig, um den hohen Anforderungen der Pflege gerecht zu werden und den Berufseinstieg zu erleichtern.

Als Deutscher Pflegeverband e.V. setzen wir uns dafür ein, die pflegepolitischen Rahmenbedingungen zu verbessern. Wir fordern Sie auf, den DPV zu unterstützen!

Martina Röder
Geschäftsführerin DPV e.V.



Aufruf zur Mitarbeit

Wir rufen alle Mitglieder dazu auf, aktiv im Deutschen Pflegeverband mitzuwirken, insbesondere auch an den Service-Points der Länder. Ihre Beteiligung ist entscheidend für unseren gemeinsamen Erfolg. Lassen Sie uns gemeinsam stark sein und die Zukunft der Pflege gestalten! Die auf der Klausur entwickelte Strategie bildet das Fundament dieser zukünftigen Arbeit. Entscheidend ist auch der Beitrag der jungen Generation. Aus diesem Grund hat der DPV e.V. ein neues Social Media Projekt „DPV Next-Gen“ gestartet.

Mehr dazu auf Seite 2.

Inhalt

- 1 • Editorial
- 2 • Start für Social Media Projekt „DPV e.V. Next-Gen“
 - Beschäftigungstherapie: „Wenn Männer spielen, sind sie gesund“
 - Ein Standpunkt von Dr. Markus Mai
- 3 • Pflege künftig an Krisen- und Katastrophenprävention beteiligt
- 4 • Generalistische Pflegeausbildung: Ein Erfolg für die Pflege
 - Praxiseinsatz im Ausland – DPR begrüßt Vorhaben
- 5 • Freiberufliche Pflegefachkräfte – Lösung für den Pflegenotstand?
- 6 • Vorstand des Bayerischen Landespflegerats gewählt
 - Landespflegerat Thüringen e.V. mit neuem Vorstand
- 7 • Aus den Ländern / Jubilare
- 8 • Impressum

Start für Social Media Projekt „DPV e.V. Next-Gen“

(Neuwied) Der Deutsche Pflegeverband e.V. (DPV) freut sich, den Start seines neuen Social Media Projektes „DPV e.V. Next-Gen“ bekanntzugeben. Das Projekt soll unsere Präsenz in den sozialen Medien optimieren, die Reichweite erhöhen und das Engagement innerhalb der Community stärken. Unsere Ziele:

- Mehr Postings: Durch die Erhöhung der Posting-Frequenz sollen regelmäßig neue und relevantere Inhalte veröffentlicht werden, um die Sichtbarkeit des Verbandes zu steigern und die Community kontinuierlich zu informieren und zu unterhalten.
- Zielgruppengerechter Inhalt: Junge Menschen, die aktiv in der Pflege

beschäftigt sind, werden in den Content-Creation-Prozess eingebunden. Dies soll sicherstellen, dass die Inhalte authentisch, ansprechend und relevant für die Zielgruppe sind. Ihre Perspektiven und Erfahrungen sollen die Beiträge bereichern und die Identifikation der Follower mit dem Verband fördern.

- Schnellere und fachlich versierte Antworten: Kommentare und Anfragen der Community sollen schneller und kompetenter beantwortet werden. Hierfür wird ein Expertenteam aufgebaut, das aus erfahrenen Pflegekräften und Social Media-Experten besteht, um auf

Fachfragen qualifiziert zu reagieren und ein hohes Maß an Interaktion zu gewährleisten.

- Effektive und umfassende Nutzung von KI-Tools: Zur Umsetzung aller genannter Optimierungsprozesse. Mit diesen Maßnahmen möchte sich der DPV auch als kompetenter und nahbarer Ansprechpartner in allen Belangen der Pflege etablieren. Das Projekt ist ein strategischer Schritt nach vorne, um unsere Community besser zu vernetzen, wertvolle Informationen sowie Inspiration zu bieten. Wir rufen Sie auf, uns zu unterstützen!

Martina Röder, Geschäftsführerin des DPV e.V.

Beschäftigungstherapie: „Wenn Männer spielen, sind sie gesund“

(Harztor) In vielen Seniorenheimen wird heutzutage verstärkt auf Beschäftigungstherapie gesetzt, um den Bewohnern nicht nur Abwechslung im Alltag zu bieten, sondern auch ihre geistige und körperliche Gesundheit zu fördern. Eine Aktivität, die dabei besonders positiv hervorsteht, ist das Spielen – und ja, auch Männer profitieren davon in vielerlei Hinsicht.

Studien belegen, dass spielerische Aktivitäten wie Brettspiele, Kartenspiele oder auch sportliche Spiele nicht nur Freude und Unterhaltung bringen, sondern auch das Gedächtnis und die kog-

nitiven Fähigkeiten fördern. Besonders für Männer kann dies von großer Bedeutung sein, da sie häufig dazu neigen, sich weniger sozial zu engagieren und dadurch ein höheres Risiko für Depressionen und Isolation haben.

Beim Spielen werden nicht nur Erinnerungen geweckt und neuronale Verbindungen im Gehirn gestärkt, sondern es entsteht auch eine soziale Interaktion, die wichtig für das Wohlbefinden ist. Männer, die spielen, zeigen oft eine verbesserte Stimmungslage, mehr Lebensfreude und eine gesteigerte Motivation, am sozialen Leben teilzunehmen.

Beschäftigungstherapie im Seniorenheim sollte daher nicht unterschätzt werden, insbesondere wenn es um spielerische Aktivitäten geht. Lasst uns also spielen und die positiven Auswirkungen dieser einfachen, aber effektiven Therapieform nicht unterschätzen!

Habt Ihr ähnliche Erfahrungen im Seniorenheim gemacht? Was sind Eure Lieblingsspiele, die Freude bereiten und die Gesundheit fördern? Teilt Eure Gedanken mit uns in den Kommentaren auf „DPV e.V. Next-Gen“!

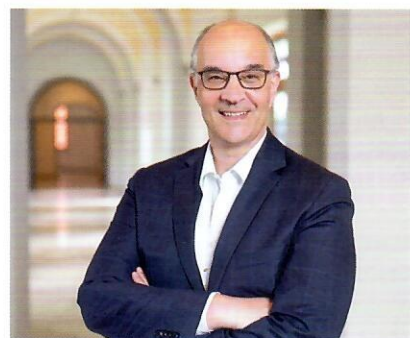
Lars Domes, AZUBI Pflegefachmann

Ein Standpunkt von Dr. Markus Mai

Der DPV-Vorsitzende zum Vorhaben eines Bürokratieentlastungsgesetzes:

Fragt man Pflegekräfte nach den größten Belastungsfaktoren in ihrem Arbeitsalltag, werden Begriffe wie „Verwaltungsarbeit“ oder „Bürokratie“ unabhängig vom Setting häufig genannt. Der Gesundheitsminister hat angekündigt, durch ein Bürokratieentlastungsgesetz die bürokratischen und damit auch unnötigen Aufwendungen zu redu-

zieren. Leider haben wir bisher das Gegenteil erlebt: Jedes neue Gesetz hat zu zusätzlichen, unnötigen Aufwendungen geführt und die Pflegezeit, die wir am Patienten verbringen können, direkt verringert. Neben einem Bürokratieentlastungsgesetz benötigen wir daher ein weiteres Gesetz, das zusätzliche Bürokratie durch neue Gesetze verhindert – eine Art „Schuldenbremse“ gegen den Ausbau von Bürokratie.



Dr. Markus Mai, Vorsitzender des Deutschen Pflegeverbandes e.V. (DPV)

Drei Jahre nach der Flutkatastrophe

Pflege künftig an Krisen- und Katastrophenprävention beteiligt

Auf Initiative der Pflegekammer Nordrhein-Westfalen (NRW) hat im Nachgang des Jahrhundert-Hochwassers in NRW und Rheinland-Pfalz die „Arbeitsgruppe Versorgungssicherheit bei Krisen und Katastrophen“ auf Landesebene ihre Arbeit aufgenommen. Die Pflege ist an der Prävention künftig beteiligt.

„Es ist ein nicht zu unterschätzender Erfolg für die Pflege, dass wir bei dem wichtigen Thema Krisenschutz federführend mit am Tisch sitzen und eine Versorgungssicherheit von alten und pflegebedürftigen Menschen in Krisensituationen herbeiführen können“, sagt Kammermitglied und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Josef Krückels.

In der Nacht vom 14. auf den 15. Juli 2024 jährte sich die Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz zum dritten Mal. Im Sommer 2021 kostete das Jahrhunderthochwasser mehr als 180 Menschen das Leben, die Sachschäden gingen in die Milliarden. Viele Pflegebedürftige mussten aus den unter Wasser stehenden Häusern und Wohnungen gerettet werden, doch dies verlief in vielen Fällen nicht immer reibungslos und zum Wohle der pflegebedürftigen Personen.

Häuslich versorgte Pflegebedürftige nicht im Blick

Einer, der die Nacht hautnah erlebt hat, ist Josef Krückels, Mitglied der Pflegekammer NRW. Krückels ist seit rund 40 Jahren Pflegefachperson und Geschäftsführer des AHK-Pflege & Service Zentrums in Würselen und hat entsprechende Fälle dokumentiert: „Zum Beispiel entdeckte ein Feuerwehrmann in Eschweiler einen hilflosen Pflegebedürftigen. Sein Hausnotruf funktionierte aufgrund eines Stromausfalls nicht und er drückte vergeblich den Notfallknopf, während das Wasser bereits unter seiner Matratze stand.“ In einem weiteren Fall seien zwei pflegebedürftige Frauen aus ihrem überfluteten Haus gerettet worden, mussten jedoch eine weitere Stunde unbeachtet im Regen sitzen. Es wurde sich nicht gekümmert, weil niemand diese Gruppe der häuslich versorgten Pflegebedürftigen

auf seiner Liste hatte. Dazu kommen unzählige hilfebedürftige Menschen, die durch die Wassermassen in ihren Häusern eingesperrt waren und nicht umgehend versorgt werden konnten, etwa mit Nahrungsmitteln oder auch lebenswichtigen Medikamenten. „Viele ältere Menschen wurden emotional völlig überrollt und waren panisch, weil sie keine Unterstützung erhielten“, hat Pflegefachperson Wioletta Osko beobachten können, die zum Zeitpunkt der Flutkatastrophe als Pflegedirektorin im Eschweiler Krankenhaus tätig war und auch als Betroffene in ihrem privaten Wohnort Hilfe leistete.

Vorhandene Expertise der Pflege nutzen

In NRW sind knapp 1,2 Millionen Menschen pflegebedürftig, rund 80% davon werden zuhause gepflegt. Damit in künftigen Krisensituationen eine gute pflegerische Versorgung für die vielen Betroffenen gewährleistet ist, hat sich die Pflegekammer NRW – 2021 noch als Errichtungsausschuss tätig – umgehend in einem Brief an NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann gewandt. Die Forderung: Pflege muss in die präventive Planung von Krisen- und Katastropheneinsätzen miteinbezogen werden. Aus der Initiative der Pflegekammer NRW ist die dem Landesauschuss für Alter und Pflege untergeordnete „Arbeitsgruppe Versorgungssicherheit bei Krisen und Katastrophen“ entstanden, in der Josef Krückels mit seiner langjährigen Expertise in der pflegerischen Notfallversorgung den Vorsitz innehat. „Es ist ein nicht zu unterschätzender Erfolg für die Pflege, dass wir bei dem wichtigen Thema Krisenschutz federführend mit am Tisch sitzen und eine Versorgungssicherheit von alten und pflegebedürftigen Men-

schen in Krisensituationen herbeiführen können“, sagt Krückels. Er dankte Karl-Josef Laumann und dem Vorsitzenden des Landesauschusses Alter und Pflege, Dr. Michael Ziemons, „die mit ihrem Engagement für die Pflege uns den Weg dazu geebnet haben.“

Bessere Vernetzung notwendig

Die Arbeitsgruppe hat bereits Ende 2023 ihre Arbeit aufgenommen und wird in den nächsten Monaten erste Maßnahmen erarbeiten. „Es geht gar nicht darum, bestehende Strukturen zu verändern, sondern vor allem darum, alle am Katastrophenschutz beteiligten Kräfte dafür zu sensibilisieren, dass es häusliche Versorgungsstrukturen gibt und wie schnelle Hilfe möglich ist“, sagt Krückels. Krisen, das seien ja nicht nur Hochwasserlagen, sondern zum Beispiel auch extreme Hitze, Stürme, Pandemien oder auch Bombenentschärfungen. „Gerade bei Evakuierungen ist es aktuell noch so, dass die Einsatzkräfte überall klingeln, um die mobilitätseingeschränkten Menschen aus ihren Wohnungen und Häusern zu holen“, so Krückels weiter. „Dabei wissen wir als ambulante Pflegeeinrichtungen vor Ort, wo die pflegebedürftigen Personen wohnen. Nicht selten haben wir sogar einen Schlüssel zum Haus bzw. zur Wohnung. Hier würde ich mir eine bessere Vernetzung wünschen. Wir können hier schnell und einfach helfen und uns im Nachgang um die Menschen kümmern. Auch daran werden wir als Arbeitsgruppe arbeiten.“

pflegekammer-nrw.de

Zahlen zum ersten Abschlussjahrgang

Generalistische Pflegeausbildung: Ein Erfolg für die Pflege

Das Statistische Bundesamt (Destatis) hat die Zahlen zum ersten Abschlussjahrgang der generalistischen Pflegeausbildung veröffentlicht. Insgesamt haben 33.600 Personen die Ausbildung im Jahr 2023 erfolgreich abgeschlossen. 99% der Absolventinnen und Absolventen (33.100 Personen) haben den Abschluss als Pflegefachfrau bzw. -mann gewählt.

Christine Vogler, Präsidentin des Deutschen Pflegerats, kommentiert: „Die Zahlen zeigen, dass die Absolvent*innen die Vorteile der generalistischen Pflegeausbildung erkannt haben und die Ausbildung bei diesen sehr gut ankommt.“ Diese Ausbildung eröffne ihnen vielfältige berufliche Perspektiven und stärke sowohl ihre Karriereentwicklung als auch die Pflege-Qualität.

Vogler betont, dass die Generalistik nicht mehr infrage gestellt werden sollte. Der Pflegeberuf sei attraktiver denn je geworden. Die Herausforderung bestehe nun darin, die Ausbildungssituation sowie den notwendigen Personal-mehrbedarf zu bewältigen und die Versorgung der Patienten und Pflegebedürftigen sicherzustellen. „Dazu brauchen wir gute Rahmenbedingungen, die den Einsatz der neuen Kompetenzen weiter fördern. Tatsache ist jedoch, auch dieser Beruf stecke, wie viele andere Ausbildungsberufe, in der demografischen Falle.“

Die generalistische Pflegeausbildung bereitet Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner auf die Versorgungspraxis

von Menschen mit Pflegebedarf in allen Altersgruppen vor. Sie ist entscheidend, um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden, die u.a. durch eine zunehmende Zahl multimorbider Patienten und Pflegebedürftiger entstehen. In vielen Bereichen, insbesondere in Pflegeeinrichtungen und im Krankenhaus, greifen die Leistungen immer mehr ineinander über. Die Ausbildung trägt dieser Entwicklung Rechnung und vermittelt den notwendigen Wissens- und Kompetenzrahmen. Zudem habe man mit der generalistischen Ausbildung den dringend erforderlichen internationalen Anschluss geschafft. Das ist eine von vielen Voraussetzungen dafür, dass wir internationale Fachpersonen gewinnen und halten können.“

Weiterqualifikation einheitlich regeln

Die DPR-Präsidentin fordert, dass die Diskussion über die Verantwortung der Bundesländer für die Aus- und Weiterbildung sowie für pflegewissenschaftliche Studiengänge intensiviert wird: „Die Länder müssen entweder gemein-

sam eine Lösung finden oder die Verantwortung an den Bund abgeben.“

Vogler fügt hinzu: „Es ist jetzt von größter Bedeutung, bundeseinheitlich normierte Anschlussqualifikationen weiterzuentwickeln. Der beste Weg hierfür ist, die Weiterqualifikation über eine Muster-Weiterbildungsordnung des Bundes zu regeln. Das BAPID-Projekt ‚Bildungsarchitektur der Pflege in Deutschland‘ des Deutschen Pflegerats muss hier eine zentrale Rolle spielen.“

Abschließend unterstreicht sie, dass die Zusammenlegung der früheren Pflegeberufsabschlüsse zu einer generalistischen Ausbildung die Qualität der Pflege verbessert, da sie den Austausch von Wissen zwischen den verschiedenen Versorgungsbereichen fördert. Obwohl die Langzeit- als auch die Krankenhauspflege profitiert voneinander. Das führe zu einer umfassenderen und ganzheitlichen Versorgung der Patienten und Pflegebedürftigen.

deutscher-pflegerat.de

Praxiseinsatz im Ausland – DPR begrüßt Vorhaben

(Berlin) Der Deutsche Pflegerat e.V. (DPR) hat Stellung zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Gesundheit „Verordnung zur Änderung der Approbationsordnung für Zahnärzte und Zahnärztinnen und weiterer Verordnungen im Bereich der Heilberufe“ genommen. Der Entwurf umfasst in Artikel 2 auch Regelungen zu den rechtlichen Möglichkeiten der Durchführung von Praxiseinsätzen des berufspraktischen Teils des Hebammenstudiums.

Die vorgeschlagene Änderung soll Hebammenstudierenden ermöglichen, rechtssicher einen Praxiseinsatz im Ausland zu absolvieren. Damit wird eine Lücke geschlossen, die den Studierenden und den betreuenden Institutionen unnötig hohe Hürden für Kooperationen mit ausländischen Geburtshilfestationen oder außerklinisch tätigen Hebammen und hebammengeleiteten Einrichtungen auferlegt.

Der DPR begrüßt das Vorhaben, da diese Regelungen spürbare Vorteile für

die Studierenden, die Hochschulen sowie den praxisnahen und wissenschaftlichen Austausch mit Ausbildungsstätten in Drittstaaten erwarten lassen. Der DPR unterstützt auch die Forderung des Deutschen Hebammenverbandes e.V., eine weitere Regelung aufzunehmen mit dem Ziel, berufspädagogische Fortbildungen analog zu den Pflegeberufen rein digital anbieten zu können.

deutscher-pflegerat.de

Ungleiche Behandlung

Freiberufliche Pflegefachkräfte – Lösung für den Pflegenotstand?

Überlastung, Personalmangel und bürokratische Hürden prägen den Alltag in der Pflegebranche. Freiberufliche Pflegefachkräfte könnten eine wertvolle Ergänzung zum bestehenden System sein. Dominik und Daniela Allwardt, D&D HomeCare, setzen sich dafür ein, diese Berufsgruppe stärker zu etablieren und gesetzliche Bedingungen zu verbessern.

Freiberufliche Pflegefachkräfte sind hochqualifizierte Pflegekräfte, die eigenständig arbeiten und eine auf die Bedürfnisse der Patienten abgestimmte Betreuung bieten. Diese Pflegeform ist noch wenig bekannt, obwohl sie erhebliche Vorteile bietet, insbesondere in der ambulanten häuslichen Pflege.

Vorteile freiberuflicher Pflegefachkräfte

Individuelle Betreuung: Maßgeschneiderte Pflegepläne, die spezifische gesundheitliche und persönliche Bedürfnisse berücksichtigen. Engere und vertrauensvollere Beziehung zwischen Pflegekraft und Patient, was zu besseren gesundheitlichen Ergebnissen führt.

Flexibilität: Anpassung der Betreuung an akute Veränderungen im Gesundheitszustand der Patienten.

Kontinuität der Pflege: Langfristige Betreuung durch dieselbe Pflegekraft stärkt das Vertrauen der Patienten und kann zu besseren gesundheitlichen Ergebnissen führen.

Herausforderungen und Probleme

Bürokratische Hürden: Das Antragsverfahren für die Genehmigung von Leistungen ist oft sehr aufwendig und umfasst ca. 100 Seiten pro Patient. Selbst wenn mehrere Patienten bei der gleichen Kasse versichert sind, muss für jeden Patienten separat dieser umfangreiche Antrag gestellt werden. Einige Krankenkassen lehnen die Zusammenarbeit mit freiberuflichen Pflegefachkräften ab, weil diese Art der Pflege noch weitgehend unbekannt ist.

Finanzielle Unsicherheit: Verzögerte Zahlungen und umfangreiche Bürokratie führen zu finanzieller Unsicherheit, was die Attraktivität des Berufs beeinträchtigt.

Qualitätsprobleme in der ambulanten Pflege: Überlastung der Pflegekräfte in regulären Pflegediensten führt zu einer Abnahme der Pflegequalität. Freiberufliche Pflegekräfte können diese Versorgungslücken schließen und qualitativ hochwertige Pflege sicherstellen.

Demografischer Wandel: Der demografische Wandel und die steigende Zahl älterer Menschen erfordern dringend alternative Pflegekonzepte.

Beispiel aus der Praxis

Eine Patientin wurde aus dem Krankenhaus entlassen und benötigte häusliche Krankenpflege, einschließlich Injektionen und täglicher Wundversorgung. Kein Pflegedienst hatte Kapazitäten, und die wenigen verfügbaren lehnten die Betreuung ab, da die Patientin in einer ländlichen Gegend wohnt. In ihrer Not wandte sich die Patientin an D&D HomeCare. Dominik und Daniela Allwardt übernahmen die Versorgung und schlossen einen Pflegevertrag mit der Patientin ab. Gleichzeitig stellten sie bei der zuständigen Krankenkasse einen Antrag auf Einzelgenehmigung und reichten eine ärztliche Verordnung ein. Nach vier Wochen erhielten sie eine Ablehnung mit der Begründung, dass kein Versorgungsvertrag besteht. Während dieser Zeit leisteten sie ihre Dienste kostenlos.

Gesetzliche Grundlagen

§ 37 SGB V – Häusliche Krankenpflege: Versicherte haben Anspruch auf häusliche Krankenpflege durch geeignete Pflegekräfte, wenn eine Klinikbehandlung notwendig, aber nicht möglich ist, oder durch die häusliche Pflege vermieden oder verkürzt werden kann.

§ 77 SGB XI – Einzelverträge: Pflegekassen sollen Verträge mit geeigneten Pflegekräften schließen, um die pflege-

rische Versorgung sicherzustellen und den besonderen Wünschen der Pflegebedürftigen Rechnung zu tragen.

§ 33 SGB I – Freie Wahl unter den Leistungserbringern: Garantiert Versicherten das Recht auf freie Wahl unter den zugelassenen Leistungserbringern.

Patientenrechtegesetz (PatRG): Stärkt die Rechte der Patienten und fordert, dass sie umfassend über ihre Behandlungsmöglichkeiten informiert werden. In Pflegediensten dürfen Pflegefachkräfte Behandlungspflegen durchführen, während dies freiberuflichen Pflegekräften oft verweigert wird. Krankenkassen zahlen bei Verträgen mit freiberuflichen Pflegekräften häufig nur den Mindestlohn, während Pflegedienste höhere Vergütungen erhalten. Eine mögliche Lösung wäre eine Präqualifizierungsstelle für freiberufliche Pflegekräfte. Durch eine zentrale Stelle, die alle notwendigen Kriterien prüft und zertifiziert, könnten bürokratische Prozesse vereinfacht und standardisiert werden. Dies würde auch die Qualitätssicherung und die Einhaltung vorgeschriebener Fortbildungen sichern.

Fazit

Freiberufliche Pflegefachkräfte bieten eine wertvolle Ergänzung zum bestehenden System und können dazu beitragen, den Pflegenotstand in Deutschland zu mildern. Durch die Anerkennung und Unterstützung dieser Berufsgruppe können Versorgungslücken geschlossen und die Pflegequalität verbessert werden. Es ist dringend notwendig, die bürokratischen Hürden zu reduzieren und die Zusammenarbeit mit den Krankenkassen zu erleichtern, um das Potenzial freiberuflicher Pflegefachkräfte voll auszuschöpfen.

dd-homecare.de/

Vorstand des Bayerischen Landespflegerats gewählt

(München) Der Bayerische Landespflegerat (BLPR) hat einen neuen Vorstand gewählt. Die Delegierten wählten Claudia Hauck von der Caritas-Gemeinschaft für Pflege- und Sozialberufe Bayern e.V. einstimmig zur neuen Vorsitzenden. Michael Mayer (Deutsche

Fachgesellschaft Psychiatrischer Pflege e.V.) wurde im Amt des Stellvertreters bestätigt. Neu in den Vorstand zogen Dr. Sabine Berninger (Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe, DBfK Südost Bayern - Mitteldeutschland e.V.) und Ivonne Rammoser (stellv. Vorstandsvorsitzende Deutscher Pflegeverband e.V.) ein. Claudia Hauck, die neue Vorsitzende des BLPR, äußerte sich im Anschluss an ihre Wahl: „Der Bayerische Landespflegerat steht als starke Stimme für die professionell Pflegenden in Bayern. Aktuell sind gravierende Veränderungen im Berufsbild der Pflege im Gange, hierfür braucht es eine professionelle Begleitung durch den BLPR. Die Themen der Pflegeberufe in Bayern sind eine Frage des öffentlichen Gemeinwohls, vor allem aber des politischen Handelns sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene. Wir fordern die bayerische Politik auf, Gesundheitsversorgung als ein multiprofessionelles Geschehen zu verstehen und die Kompetenzen der beruflich Pflegenden viel

stärker einzubinden.“ Auch mit dem neuen Vorstand wird sich der Dachverband der Berufs- und Pflegeverbände intensiv in die berufspolitischen Debatten auf der Länderebene einbringen, die berufsgruppeninterne Informationspolitik intensivieren und die vielfältige Gremienarbeit mit kompetenten Vertreterinnen und Vertretern fortsetzen.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung dankte die neue Vorsitzende den langjährigen Vorstandsmitgliedern, Generaloberin Edith Dürr (Verband der Schwesternschaften vom Roten Kreuz in Bayern e.V.) und Dr. Marliese Biederbeck (Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe, DBfK Südost Bayern - Mitteldeutschland e.V.) für die jahrzehntelange Vorstandsarbeit und das herausragende berufspolitische Engagement.



Der frisch gewählte Vorstand des BLPR (v.l.n.r.): Dr. Sabine Berninger, Michael Mayer, Claudia Hauck, Ivonne Rammoser

bayerischer-landespflegerat.de

Landespflegerat Thüringen e.V. mit neuem Vorstand

(Harztor) Die Mitgliederversammlung des Landespflegerats Thüringen e.V. (LPR) fand online am 31. Mai 2024 statt. Nach Ablauf der Legislatur wurde der Vorstand satzungsgemäß neu gewählt. 1. Vorsitzende ist Nicole Hartenstein, Mitglied im Bundesverband Pflegemanagement e.V. und tätig in der Geschäftsbereichsleitung Altenhilfe der Diakoniestiftung Weimar Bad Lobenstein. Zur stellvertretenden Vorsitzenden wurde Annika Wanierke (Hebamme B.Sc. / 1. Landesvorsitzende HLV Thüringen) gewählt. Im Amt bestätigt wurde der Schatzmeister Martin Gebhardt (Vertreter der ADS / Vorsitzender der Geschäftsbereichsleitung Altenhilfe der Diakoniestiftung Weimar Bad Lobenstein). Den Beisitz übernehmen weiterhin Maria Kortgen (Mitglied DGF / Pflegerische Leitung, Fachweiterbildung Intensiv- und Anästhe-

siepflege, Universitätsklinikum Jena) und Anja Posevsky (stellv. Vorstandsvorsitzende DPV e.V. / stellv. Pflegedienstleitung, Neanderklinik Harzwald).

Nicole Hartenstein dankte dem vorigen Vorstand für die Arbeit in den letzten Jahren. Die neu gewählte Vorsitzende weiter: „Gemeinsam mit dem neuen Vorstand und vielen weiteren Akteuren wird sich der Landespflegerat dafür stark machen, dass zukünftig Pflegenden in Thüringen ihre Interessen durch die neu zu gründende Pflegekammer gegenüber Politik und Gesellschaft vertreten. Nur so können wir den Beruf attraktiv, zukunftsfähiger und tauglicher für eine alternde Gesellschaft machen.“

Im Landespflegerat Thüringen haben sich 2017 Vertreter und Vertreterinnen verschiedener Berufsverbände der Pflegeberufe aus Thüringen zusammenge-

schlossen, die damit auch im Deutschen Pflegerat organisiert sind.

lpr-th.de



Der neue LPR-Vorstand Thüringen (v.l.n.r.): Anja Posevsky (Beisitzerin), Annika Wanierke (stellvertretende Vorsitzende), Nicole Hartenstein (Vorsitzende) und Martin Gebhardt (Schatzmeister)

Aus den Bundesländern

Wechsel im Service-Point

Rheinland-Pfalz: Seit Anfang August ist Nina Benz neue Leiterin des Service-Points DPV e.V. in Rheinland-Pfalz. Sie hat diese Position von Manuela Ahmann übernommen.



Nina Benz

Nina Benz, Inhaberin und Heimleitung der Tages- und Nachtpflege Benz in Zeltingen-Rachtig, bringt umfangreiche Erfahrung und Expertise in ihre neue Rolle ein. Sie engagiert sich seit mehreren Jahren in der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz, ist u.a. seit 2019 Delegierte Bundespflegekammer, seit 2022 Kuratoriumsmitglied Aktionsbündnis Patientensicherheit. Seit 2023 ist Nina Benz Mitglied des Deutschen Pflegeverbandes e.V. und Delegierte im Dachverband der Pflegeorganisationen Rheinland-Pfalz (DPO). Manuela Ahmann dankt der DPV für die hervorragende Zusammenarbeit und ihr Engagement als Leiterin des Service-Points.

Zukunftsthema Pflege

Hessen: Diana Stolz, Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit

und Pflege wurde zur Vorsitzenden des Landespflegeausschusses gewählt. Mit Blick auf die Pflegebedürftigen in stationären Einrichtungen sagte die Ministerin: „Die Bewohnerinnen und Bewohner dort sind eine Zielgruppe, die im besonderen Maße von Einsamkeit betroffen ist. Um die gesellschaftliche Teilhabe dieser Gruppe zu fördern, haben wir einen Förderauftrag für die Öffnung von Pflegeeinrichtungen in den sozialen Nahraum veröffentlicht.“ Im Rahmen der Initiative Pflegeheim „Mitten im Leben“ soll eine Koordinierungsstelle etabliert werden, um regionale Strukturen zu erfassen und zu vernetzen, so dass Angebote zur psychosozialen Betreuung zur Verfügung stehen. Die Pflegestützpunkte sollen zu Kompetenzzentren weiterentwickelt werden.

Diana Stolz hat außerdem eine Förderrichtlinie für freiberufliche Hebammen vorgestellt. Das Land unterstützt künftig Hebammen, die sich freiberuflich niederlassen wollen, mit einer Niederlassungsförderung in Höhe von 5.000 Euro bzw. 10.000 Euro, wenn sie ein Geburtshaus gründen oder dessen Leistungsspektrum erweitern.

18. Pflegesymposium

Thüringen: Am 27. August 2024 fand das 18. Thüringer Pflegesymposium unter der Schirmherrschaft der Thüringer Sozialministerin Heike Werner statt. Die Veranstaltung wurde

vom Deutschen Pflegeverband e.V. (DPV) organisiert. Nach der Eröffnung durch DPV-Geschäftsführerin Martina Röder und Grußworten der Sozialministerin ging es zunächst um die Themen „Palliativmedizin im Krankenhaus“ und „Hospizarbeit am Lebensende“. Hubert Klein, Rechtsanwalt zu Köln und Lehrbeauftragter im Gesundheitswesen, befasste sich mit „Medizinrecht am Lebensende – Grenzsteine der Sterbehilfe“. Einige Themenschwerpunkte: Alleinentscheidungen durch Ärzte – Nichtbeginn der Behandlung und Behandlungsende bei Todesnähe, Verbot und Fälle der aktiven Sterbehilfe, Möglichkeit und Gebot der passiven Sterbehilfe, zwingende Behandlungsverweigerung des Patienten, Verbot durch Patientenverfügung und die mutmaßliche Patientenverfügung über Angehörigenaussagen, erlaubte indirekte Sterbehilfe und Beihilfe zur Selbsttötung, Zusammenspiel und Verantwortungen bei Arbeitsteilung in der Pflege.

Martina Röder, Geschäftsführerin des DPV und der Neanderklinik Harzwald GmbH, und Silvia Böhme, Akademie für Gesundheits- und Pflegeberufe, Harztor, moderierten das Symposium. Es bot den Teilnehmern wertvolle Einblicke in Themen der Palliativpflege und des Medizinrechts am Lebensende. Die Vorträge und Diskussionen gaben wichtige Impulse für die tägliche Arbeit in der Pflege.

Jubilare September 2024

40 Jahre

Sabine Lehmann, Trulben-Hochstellerhof
Rosel Müller, Rodenbach

30 Jahre

Andreas Karsch, Liebfeld/Schweiz

Andreas Spratte, Bad Arolsen

Monika Westrup, Buseck

10 Jahre

Daniela Klobetanz, Grebenhain

Iris Matthies, Celle



Wir bedanken uns für Ihre Treue!

Madeleine Matthies, Celle
Slobodan Vila, Vilbel

© [M] Nelos / fotolia.com

DPV

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Hauptgeschäftsstelle
Mittelstraße 1
56564 Neuwied
Tel.: 0 26 31/83 88-22
Fax: 0 26 31/83 88-20
info@dpv-online.de
www.dpv-online.de



Interessantes und Aktuelles speziell für unsere Mitglieder – Zugriff über:
User: **Mitglied**
Kennwort: Pflegeleistung
Über Ihre Mitarbeit und/oder Anregungen freuen wir uns.
 facebook.com/pflegeverband
 [Instagram.com/](https://instagram.com/)

Gemeinsam sind wir stark!

DPV – Kompetenz und Leistungen, die auch Kolleginnen und Kollegen überzeugen!

Fordern Sie Infomaterial an!

DPV Service-Point Baden-Württemberg

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Sabine Hindrichs
Service-Point Leiterin
hindrichs.servicepoint-bawue@dpv-online.de

DPV Service-Point Bayern

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
info@dpv-online.de

DPV-Hauptstadtbüro Berlin DPV Service-Point Berlin-Brandenburg

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
info@dpv-online.de

DPV Service-Point Hessen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Karl Heinz Heller
Service-Point Leiter
heller.servicepoint-he@dpv-online.de

DPV Service-Point Nord Hamburg/Schleswig-Holstein

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Birgit Andrea Schmidt
Service-Point Leiterin
schmidt.servicepoint-hh.sh@dpv-online.de

DPV Service-Point Bremen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
info@dpv-online.de

DPV Service-Point Niedersachsen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Iris Meyenburg-Altward
Service-Point-Leiterin
m.altward.servicepoint-ni@dpv-online.de

DPV Service-Point Nordost Thüringen, Sachsen-Anhalt

Martina Röder
Service-Point Leiterin, Geschäftsführerin
des Deutschen Pflegeverbandes e.V.
roeder.servicepoint-th.sa@dpv-online.de

DPV Service-Point Sachsen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Sandra Meyer
Service-Point Leiterin
meyer.servicepoint-sa@dpv-online.de

DPV Service-Point Nordrhein-Westfalen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Stephan Kreuels
Service-Point Leiter
kreuels@juslink.de

DPV Service-Point Rheinland- Pfalz

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Nina Benz
Service-Point Leiterin
benz.servicepoint-rlp@dpv-online.de

DPV Service-Point Saarland

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
info@dpv-online.de



Impressum

Herausgeber

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Ivonne Rammoser (V.i.S.d.P.)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
Tel.: 02631/8388-22
Fax: 02631/8388-20
info@dpv-online.de
www.dpv-online.de

PflegeKonkret

– Die Mitgliederzeitschrift des DPV
erscheint in Kooperation mit
HEILBERUFE
www.springerpflege.de
Verlag
Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3
14197 Berlin

Druck

Druckpress GmbH
Hamburger Straße 12
69181 Leimen